

1 **Antrag Nr.**
2 **Antrag zum Bundesparteitag 2017**

3 **Antragsteller: OV II SPD-OL-Stadt / UBV SPD-OL-Stadt**

Bemerkungen:

4
5 **DEN MINDESTLOHN AUSBAUEN UND ABSICHERN**

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen**, Folgendes in das Wahlpro-
7 gramm aufzunehmen:

8 *Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 10,50 € pro Stunde angehoben wer-*
9 *den. Die bisherigen Ausnahmen entfallen. Als Grundlage für die Berech-*
10 *nung des Stundenlohns darf ausschließlich die tatsächliche Arbeitszeit,*
11 *nicht aber ein vom Arbeitgeber/von der Arbeitgeberin vorgegebenes Ar-*
12 *beitspensum angesetzt werden. Es darf nicht mehr möglich sein, den Ar-*
13 *beitslohn mit völlig übersteuerten Abzügen für Kost und Unterkunft zu ver-*
14 *rechnen. Verpflegungsmehraufwände dürfen nicht vom Lohn abgezogen*
15 *werden.*

16 *Gleichzeitig soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Bundeszollverwal-*
17 *tung mit erheblich mehr Personal ausgestattet werden, so dass sie Verstö-*
18 *ße gegen das Mindestlohngesetz effektiv eindämmen kann. Die Strafmaße*
19 *für vorsätzliche Verstöße sind merklich zu erhöhen. Beschäftigten, die sich*
20 *in augenscheinlich berechtigten Fällen nicht trauen, Klage gegen ihren Ar-*
21 *beitgeber/ihre Arbeitgeberin zu erheben, oder sich dies nicht leisten können,*
22 *soll finanzielle Unterstützung gewährt werden, die im Falle einer Verurtei-*
23 *lung durch die Schuldigen zurückzuzahlen ist.*

24 **Begründung:**

25 Der Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, ebenso
26 seine turnusmäßige Erhöhung auf 8,84 € pro Stunde. Gleichwohl reicht die
27 jetzige Höhe noch nicht aus, um damit annähernd eine Altersversorgung
28 aufzubauen, die wenigstens die Grundsicherung erreicht. Solange nicht
29 einmal 9,50 € überschritten werden, befinden sich Mindestlöhner*innen im-
30 mer noch im Niedrig(st)lohnsektor. Die Erhöhung auf 10,50 € sorgt dafür,
31 dass dieser Bereich verlassen wird. Zudem ermöglicht sie steigende Beiträ-
32 ge für die Rentenversicherung, so dass die Betroffenen im Alter weniger
33 Zuzahlungen für die Grundsicherung bedürfen. Die Binnenkonjunktur wird
34 durch den gesteigerten Konsum ebenfalls angekurbelt.

35 Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung erhalten zudem immer noch
36 längst nicht alle Berechtigten den Mindestlohn, oft nicht einmal Lohnfortzah-
37 lung bei Krankheit und im Urlaub. Diese illegalen Praktiken können nur
38 durch eine drastisch verstärkte Präsenz der zuständigen Zollbehörden in
39 den Betrieben und durch empfindliche Strafen abgestellt werden. Unter-
40 nehmen, die den Mindestlohn prellen, müssen durch diese Strafen in ihrer
41 Existenz bedroht werden!

42 Allerdings werden viele Vergehen auch niemals angezeigt, weil die Betrof-
43 fenen sich vor Repressionen fürchten oder sich eine Klage schlichtweg nicht
44 leisten können. Dieser Umstand kann durch staatliche Beihilfen zumindest
45 abgemildert werden. Im Erfolgsfall soll dann auch diese Beihilfe durch das
46 verschuldende Unternehmen zurückgezahlt werden, weil die Klage ohne
47 sein Vergehen nicht erforderlich geworden werde.

48 Oftmals wird auch vordergründig der Mindestlohn entrichtet, nur um dann
49 horrende Kosten für Unterkunft und Verpflegung davon abzuziehen. Dies
50 betrifft zum Beispiel zahlreiche ausländische Arbeitskräfte in der Fleischin-
51 dustrie, die in abbruchreifen Baracken in Mehrbettzimmern hausen müssen,
52 aber dafür Mieten wie in Neubauwohnungen zahlen müssen. Diese Form
53 der nachgelagerten Ausbeutung muss ebenfalls abgestellt werden.

54 **Weiterleiten an:** antragskommission@spd.de

Bemerkungen: